# Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,61 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

**Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend**

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

**Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206**

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff.

Nr. 231 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 4. Oktober 1939


## Mr. Churchills Schuldkonto

Mr. Winston Churchill, seines Ranges Erster Lord der britischen Admiralität und dazu Meister der britischen Lüge, ist längst in die Weltgeschichte eingegangen, obwohl seine „ruhmvolle" Laufbahn noch nicht ihr Ende gefunden hat. Aber schon im Weltkriege hat sich dieser „ehrenwerte" Seelord Unsterblichkeit verschafft, Unsterblichkeit insofern, als er als einer der niederträchtigsten Kriegstreiber und skrupellosesten Hetzer gegen gute Honorare zu gelten hat. Nunmehr hat sich dieser famose britische Marineminister auch als Fürsprecher des Seepiratentums erwiesen, indem er sich dessen rühmt, daß er alle britischen Handels- und Passagierschiffe bewaffnet und zum Kampf gegen die deutsche U-Boote ausgebildet habe. Und der „Times"-Korrespondent, der gute Beziehungen zu englischen Regierungskreisen unterhält, ergänzt dieses Bekenntnis einer schönen Seele dahin, daß die Maßnahmen der britischen Handelsschiffsbewaffnung bereits seit zwei Jahren eingeleitet sind. Man wird sich dieses Eingeständnis genauer merken müssen, denn es ist ein Dokument der englischen Kriegsschuld, das, wenn einmal die Geschichte dieses Krieges geschrieben wird, nicht übersehen werden darf. Derselbe Winston Churchill also, der die polnischen Mordbanditen und Heckenschützen aufgewiegelt und zu blutigstem Terror ermuntert hat, verkündet nun auch zur See den Heckenschützenkrieg. Er bekennt sich damit zu denselben Methoden, die er im Weltkrieg angewendet hat, zu den Methoden, die den Handelskapitänen höchste Belohnungen versprach, denen es gelang, deutsche U-Boote zu vernichten. Piratentum in Reinkultur also, nur mit modernem Mäntelchen umgeben. Trotzdem bleibt es internationaler Rechtsbruch und bedeutet einen neuen britischen Vorstoß gegen die international anerkannten Regeln der Seekriegführung. Aber was kümmert sich England schon um internationale Gesetze!

Deutschland hat den Handelskrieg bisher unter strenger Einhaltung der prisenrechtlichen Bestimmungen für die Anhaltung und Untersuchung von Handelsschiffen geführt. Die deutschen U-Boot-Kapitäne haben dabei eine Ritterlichkeit bewiesen, die beispiellos in der Welt dasteht und selbst den Staaten, die bisher nicht sonderliche Sympathien für Deutschlands Kampf gezeigt haben, Achtung abrangen. Der deutsche Handelskrieg ist entsprechend der Weisung des Führers geführt worden, d. h. er wurde nur gegen die bewaffnete feindliche Macht geführt. Nachdem England aber seine Handelsschiffe bewaffnet hat, hat es damit selbst den Kreis der Personen erweitert, die als Kriegführende allen Gefahren des Krieges preisgegeben sind. Man wird wohl nicht mehr erwarten, daß deutsche U-Boote sich künftig der Beschießung von englischen Handelsschiffen aussetzen. Das hieße denn doch die Ritterlichkeit zu weit treiben. Wir haben die englische Regierung immer wieder und wieder vor der Verschärfung der Handelskriegführung gewarnt, man hat diese Warnung, wie gewöhnlich, nicht beachtet. So wird man sich also darauf einstellen müssen, daß Deutschland Gleiches mit Gleichem vergilt. Bewaffnete Handelsschiffe, die Widerstand leisten oder gar zum Angriff vorgehen, werden von uns als feindliche Kriegsschiffe behandelt und dementsprechend bekämpft werden.

Dies ist die deutsche Konsequenz, die sich aus der britischen Seekriegführung von selbst ergibt. Wir werden also zur See genau so gegen bewaffnete Handelsschiffe verfahren, die sich mit ihren Waffen ordnungsgemäßen Maßnahmen des Prisenrechts widersetzen, wie wir im Polenfeldzug mit dem Freischärlertum verfahren sind, d. h. jener bewaffneten zivilen Bevölkerung, die sich unserem militärischen Vorgehen mit Waffengewalt widersetzt hat. Es wird England schwerfallen, sich von der Anklage des Seeräubertums freizusprechen, und es müßte den Engländern besonders peinlich sein, zu hören, wie sogar amerikanische Rechtsgelehrte den deutschen Standpunkt im Handelskrieg anerkennen und sich entschieden gegen die britischen Methoden der Seekriegführung aussprechen.

Winston Churchill, der als Marineminister verantwortlich zeichnet für den neuen englischen Rechtsbruch, knüpft mit diesen Maßnahmen an an seine ruhmreichen Taten während des Weltkrieges, und er bezeugt damit, daß er heute noch derselbe unversöhnliche Gegner Deutschlands ist, der er 1914 war, derselbe politische Abenteurer und berufsmäßige Kriegshetzer, Vertreter jenes überheblichen Britentums, das dem deutschen Volke nur dann ein Lebensrecht zuzugestehen bereit ist, wenn sich die Vertreter des Deutschen Reiches in ehrfürchtiger Ergebenheit vor dem Weltherrschertum des erhabenen Britannien in den Staub werfen. Winston Churchill sieht als Marineminister der Londoner Kriegsregierung noch einmal seine große Lebenschance, und er ist bereit, sein Bekenntnis in die Tat umzuwandeln, daß er nur „in der Verwirrung den einzigen Frieden findet". Das englische Volk wird einmal mit Winston Churchill früher oder später abzurechnen haben, einem Mann, der sich durch seine Taten in den Augen der Welt längst gerichtet hat, einem Mann, der nur aus Eigensucht handelte, ohne sich jemals die Frage vorzulegen, ob sein Tun auch zum Nutzen des britischen Volkes ist.

**Eigene Vorsicht — bester Unfallschutz!**

## Englands Verantwortung: Die frevelhafte Aufputschung Warschaus zum Widerstand

DNB. Berlin, 4. Oktober. Der Deutsche Dienst schreibt:

In der Kapitulation Warschaus ist der zwangsläufige letzte Akt des Dramas der unverantwortlichen, wirklichkeitsfremden polnischen Kriegsführung zu sehen. Eine 1½ Millionenstadt geradezu zum militärischen „test case" des polnischen Verteidigungswillens und -systems zu machen, rundet das Bild der völlig unfähigen und verantwortungslosen polnischen Staatsführung ab, die schon vom Beginn des deutsch-polnischen Konfliktes an die realen Gegebenheiten und Chancen verkannt und sich sündhaft an den Gedanken berauscht hat, daß über Polen der Weltbrand entfacht wird.

Warschau zur letzten Verteidigung zu stellen erscheint schon im Hinblick darauf ein Verbrechen, daß die Stadt einschließlich der Innenstadt, wie in kaum einem anderen Falle, geradezu bespickt mit militärischen Objekten war. Stabsgebäude, Kasernen, Munitions- und Waffenlager, Verpflegungsanstalten, Eisenbahnwerkstätten, kriegswirtschaftliche Industriewerke, Sender usw. liegen über das ganze Weichbild der Stadt eng verstreut. Auch wenn nur diese sogenannten militärischen Ziele insbesondere von der Luft aus angegriffen worden sind, konnte keine tatsächliche Gewähr dafür geboten werden, daß nicht auch nichtmilitärische Objekte in der Nachbarschaft, zumal bei der starken Flakabwehr, in Mitleidenschaft gezogen würden. Eine verantwortungsbewußte Verteidigung hätte, wenn man schon eine solche Stadt zur Verteidigung überhaupt stellen wollte, entsprechende Räumungsanweisungen, mindestens für die gefährdeten Stadtbezirke ergehen lassen müssen. Nichts von dem war geschehen.

Polnischerseits ist man nun noch weiter gegangen, indem man die Stadt als Ganzes, wie die Aufrufe und Maßnahmen des Kommandanten von Warschau belegen, öffentlich in den Verteidigungszustand gesetzt und die Zivilbevölkerung aufgerufen hat, bis zum letzten die Stadt zu verteidigen, Schützengräben auszuheben und sich zu bewaffnen. Zahlreiche Rundfunkaufrufe der polnischen Sender, die tatkräftig jeweils von den Londoner Sendern sekundiert worden sind, sind als Belege hierfür bekannt. Ferner sind, wie deutscherseits gefertigte Luftbilder eindeutig ergeben, und neuerdings die aus Warschau befreiten Ausländer bestätigt haben, von der polnischen Militärführung auf den Plätzen, Anlagen und in großen Straßen der Stadt Geschützbatterien und auf den Häusern, über das Ausmaß der gewöhnlichen Flugabwehr hinausgehend, Maschinengewehre und Kleingeschütze aufgestellt worden. Bei dem seinerzeitigen ersten Eindringen der deutschen Truppen in Warschau wurden diese, wie u. a. auch von französischen Blättern bestätigt worden ist, von der Zivilbevölkerung aus den Wohnhäusern und von den Dächern beschossen.

Um der Zivilbevölkerung die vorauszusehenden Folgen dieses unverantwortlichen Entschlusses zur „totalen Verteidigung" zu sparen, hat ihr das Oberkommando der Wehrmacht durch Flugblätterabwurf entsprechende Lageaufklärung gegeben und die bekannte Räumungsaufforderung ergehen lassen. Auch nachdem dieser Aufforderung nicht nachgekommen worden war, hat die deutsche Heeresleitung noch mehrere Tage von den notwendigen schwerwiegenden Kampfhandlungen Abstand genommen, um der Verantwortung und Vernunft im polnischen Lager im Hinblick auf den ohnehin abgeschlossenen Feldzug zum Durchbruch zu verhelfen. Es wurden jedoch keine verantwortungsvollen Entschlüsse auf polnischer Seite in dieser letzten Phase getroffen. Die durch Wiederholung entsprechender Aufforderungen wenigstens möglich gewordene Räumung der Stadt von den Diplomaten und Ausländern war auch nur durch die Eigeninitiative der letzteren nach bewußter Verzögerung dieses Abschubs polnischerseits um mehrere Tage erreicht worden. Der Kommandant hatte von der Anwesenheit des Diplomatischen Korps und der Ausländer, frevlerisch auch mit dem Leben der Fremden spielend, sich einen Schutz für die Stadt versprochen.

Diese ganz sinn- und verantwortungslose polnische Einstellung wurde nun von Beginn der Verteidigung Warschaus an von London durch Presse und Rundfunk skrupellos und systematisch genährt und aufgeputscht, wobei stets ausdrücklich der heldenhafte Kampf der Zivilbevölkerung unterstrichen wurde. Erst vor einigen Tagen erging u. a. ein zu weiterem Widerstand aufmunterndes Funkgespräch des Londoner Senders mit dem Warschauer Stadtkommandanten. Der wieder vorübergehend zur Sendetätigkeit gebrachte Warschauer Kurzwellensender wurde ausdrücklich aufgefordert, auf den englischen Anruf zu antworten. Noch am 23. September hat der Londoner Kurzwellensender einen die Verteidigung Warschaus betreffenden Artikel des Londoner „Evening Standard" zitiert, in dem u. a. bewundernd gerühmt wird, daß „die unerschrockenen Einwohner Warschaus ihre Hauptstadt buchstäblich mit bloßen Händen verteidigten". Dieses Aufputschen in Spekulation auf die bekannte Schwäche der polnischen Mentalität ist schon am Tage der Kapitulation dadurch geschehen, daß diese schon überall in der Welt bekannte Tatsache noch in der Spätnachmittagsendung unter Erwähnung der folgenden angeblichen Verlautbarung des Warschauers Senders abgestritten worden ist:

„Wir werden niemals nachgeben, solange noch einer von uns am Leben ist." Wenige Stunden später verkündete dann der Londoner Sender die nicht mehr totzuschweigende Kapitulation unter Betonung der Unmöglichkeit, den Polen „die so notwendige Hilfe nicht bringen zu können", worüber man sich in London vom ersten Kriegstage an im Klaren war.

Gerade diese letzte Episode der englischen Aufputschung veranschaulicht den englischen Zynismus und die Skrupellosigkeit gegenüber der auch von London vorausgesehenen Katastrophe, die man jetzt aber wohlgefällig propagandistisch zum eigenen Nutzen ausschlachtet.

## Die englische Regierung am Scheideweg

Der englische Ministerpräsident Chamberlain hielt am Dienstag im Unterhaus eine Rede, in der er u. a. folgendes erklärte: In den letzten Wochen sind Ereignisse von großer Bedeutung eingetreten: Am 26. September begab sich der deutsche Außenminister nach Moskau und am 28. September wurde der Erfolg dieses Besuches bekanntgegeben. Als Ergebnis hob Chamberlain hervor die Erklärung der deutschen und der Sowjetregierung über die endgültige Regelung der aus dem polnischen Zusammenbruch sich ergebenden Fragen und die Schaffung für einen dauernden Frieden in Osteuropa, ferner ein wirtschaftliches Abkommen zwischen Deutschland und Rußland, kraft dessen Rußland Rohstoffe an Deutschland und Deutschland Industriewaren an Rußland auf lange Zeit hinaus liefern werde.

In diesem Abkommen, so erklärte der englische Ministerpräsident, gebe es nichts, was England veranlassen könnte, etwas anderes zu tun als das, was es jetzt tue, nämlich die gesamten Hilfskräfte des britischen Empires zu mobilisieren. Denn Polen sei zwar „die direkte Gelegenheit zum Kriege gewesen, jedoch nicht die fundamentale Ursache dazu".

Zu der deutsch-russischen Erklärung über die Liquidation des Krieges meinte Chamberlain er könne nicht voraussehen, welcher Art der deutsch-russische Vorschlag sein könnte. Jedenfalls würde das Ziel, für das England kämpfe „nicht unter Drohungen" preisgegeben. Auch könnten „nicht mehr bloße Versicherungen" angenommen werden. Sei wenig man den Krieg unnötigerweise verlängern wolle, so könne er in der letzten Entwicklung doch nichts finden, was England dazu bringen könnte, seine Haltung zu ändern. Wenn Vorschläge gemacht würden, so würde die englische Regierung sie prüfen, und zwar „im Lichte dessen, was ich gerade gesagt habe".

Chamberlain verbreitete sich dann in großen Zügen über die Kriegsereignisse, glaubte von weiteren französischen Fortschritten" sprechen zu können und fand mit Bezug auf den Transport der britischen Armee nach Frankreich, daß man „auf die Gründlichkeit stolz sein könne, mit der diese komplizierte Bewegung ausgeführt worden sei". Er ging dann auf den deutschen U-Bootkrieg ein, behauptete, daß die U-Bootbekämpfung Fortschritte mache, gab aber zu, daß deutsche U-Boote immer noch an den englischen Küsten tätig seien. Die Beunruhigung wegen eines deutschen Angriffs auf englische Schiffe im Südatlantik versuchte Chamberlain dadurch zu beschwichtigen, daß „gegen diese neue Gefahr entsprechend vorher festgelegten Plänen vorgegangen würde".

Mit Pathos sprach der Ministerpräsident dann von der „großartigen Hilfe", die aus zwei Teilen des Empire komme, nämlich aus — Neufundland und Südrhodesien. In Neufundland „würden Vorkehrungen zur Aushebung von Rekruten getroffen, wofür bereits 100 Mann der Fischerflotte zur Verfügung ständen" und „Südrhodesien stelle Offiziere und Mannschaften auch für den Dienst außerhalb des Landes". (Vermutlich wird diese dünn bevölkerte Kolonie zwei Dutzend Soldaten stellen können. Anm. d. Red.)

In der Debatte ersuchte Lloyd George die Regierung, nicht zu voreilig über Friedensvorschläge Beschlüsse zu fassen. Vorschläge, die etwa von einer neutralen Regierung kämen, würden nicht allein vom Wort einer einzigen Regierung abhängen. „Man habe zu viel übereilte Entschlüsse gefaßt." Das Schicksal des Krieges, so meinte Lloyd George, hängt nicht von Deutschland, Frankreich oder England allein, sondern von den Neutralen, unter denen er Rußland, Italien und die Vereinigten Staaten nannte, ab, „die freundlich oder feindlich neutral sein könnten".

In seiner Antwort erklärte Chamberlain noch einmal, „daß es nicht gut wäre, zu sagen, was die Regierung unter Umständen, die noch nicht vorliegen, tun würde. Die voreiligkeit der „Garantien" an Polen versuchte er damit zu rechtfertigen, daß „die Sache sehr brenzlich war", aber jetzt handele es sich um eine ganz andere Sache, die sorgfältig geprüft werden müsse.

Zum Schluß kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Lloyd George und Duff Cooper, der dem ehemaligen Ministerpräsidenten „Defaitismus" vorwarf.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF